

# Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2,- Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 6a. Fernruf: F 7 Jannowitz 9909. Postcheckkonto Berlin Nr 604 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 299 A

BERLIN • Mittwoch, den 18. Januar 1933

2. JAHRGANG

## Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen in gemeinsamer Abwehrfront.

### AUS DEM INHALT:

Hochspannung am Pazifik.  
Die internationale Mordvorbereitung.  
Vom Flammgeist, Massenmord und Durchfressen.  
12 Millionen Erwerbslose in den USA.  
Wunder der Einheitsfront.

### 32 Gefangene seit 4 Jahren in Untersuchungshaft.

Von Amy Moore.

Der Imperialismus in seiner grimmigsten und rücksichtslosesten Form hält heute die indischen Massen in seinen Klauen. Die armen Bauern, aus denen immer mehr Steuern zur Bezahlung der Verwaltung und Wehrmacht herausgepreßt werden, befinden sich in ständigem Kampf mit dem Hungertode. In der Industrie arbeiten Männer, Frauen und Kinder unter Arbeitsbedingungen, wie man sie sich in Europa kaum noch vorstellen kann und für Löhne, die nicht hinreichen, um ihre bescheidenen Bedürfnisse zu befriedigen. H. N. Brailsford, eines der führenden Mitglieder der ILP (Unabhängige Arbeiterpartei), der sich eingehend mit den Zuständen in Indien beschäftigt hat, stellte fest, daß Bergwerke, in denen die Arbeiter 8 d am Tage verdienen, das sind etwa 67 Pfennige (zum Goldkurs), Dividenden von 100 und 120 Prozent ausschütteten. Zwischen 1918 und 1927 zahlten 32 von 51 Jutefabriken ihren Aktionären in einem oder mehreren Jahren 100 Prozent Dividende, 29 zahlten niemals weniger als 20 Prozent, 10 nie weniger als 40 Prozent. Mit Hilfe hinreichend genauer Zahlen habe ich berechnet, daß auf jede 100 Pfund, die diese Fabriken ihren Aktionären in Schottland an Dividenden zugehen lassen, 12 Pfund an Löhnen für indische Arbeiter ausgezahlt werden.

Wenn die indischen Massen ihrer Empörung über die ungeheure Ausbeutung, vor allem durch die britischen Kapitalisten, Ausdruck geben, bekommen sie als Antwort den Gummiknüppel zu spüren, wenn nicht mit Maschinengewehren gegen sie vorgegangen wird. Wenn sie versuchen, sich zu organisieren, werden ihnen Prozesse wegen Verschwörung und ähnlicher Verbrechen angehängt, und der ganze Apparat zur „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ wird gegen sie in Bewegung gesetzt.

#### Meerut.

Am 20. März 1929 machte die indische Polizei eine Razzia in verschiedenen Teilen des Landes und verhaftete viele Menschen. 32, darunter 3 Engländer, die alle als Gewerkschaftsführer aktiv tätig waren, wurden, mit Handschellen gebunden und unter dem Geleit einer bewaffneten Truppe nach Meerut befördert, wo ein gerichtliches Verfahren gegen sie eröffnet werden sollte. Warum gerade nach Meerut, 300 Meilen von Bombay entfernt? Die meisten der Gefangenen stammen aus Bombay oder Calcutta. Einer der Gründe dafür, daß sie nicht von den Gerichten dieser Städte verurteilt worden sind, ist, nach Ansicht der Gefangenen, der, daß dort ein Schöffengericht für sie zuständig gewesen wäre, das man ihnen in Meerut verweigern konnte. Dazu kommt, daß es der Verteidigung schon aus finanziellen Gründen schwer fällt, in Meerut umfangreiches Beweismaterial und Zeugen zu beschaffen.

Am 12. Juni 1929 wurde der Prozeß gegen die 32 Gefangenen eröffnet. Er wurde aber sofort wieder vertagt. Dem Antrag auf Freilassung der Angeklagten wurde nicht stattgegeben. Diese blieben also im Gefängnis und harren dort seit nunmehr vier Jahren auf die ordentliche Gerichtsverhandlung über ihren Fall und auf das Urteil!

#### Die Anklage.

Worauf lautet die Anklage?

Die Verhaftung erfolgte auf Grund eines Paragraphen im indischen Strafgesetzbuch, in dem es heißt: „Wer an Verschwörungen teilnimmt, die darauf ausgehen, den König seiner Herrschaft über Britisch-Indien zu berauben, . . . oder die Regierung durch verbrecherische Gewalt oder die An-



R. Bt. In Armentières und Umgebung (Nordfrankreich) ist es zu einem Arbeitskonflikt in der Textilindustrie gekommen, weil die Unternehmer die Löhne der Weber und Spinner um durchschnittlich 15 Prozent senken wollten. Außerdem forderten die Unternehmer die Einführung des Vier-Webstuhl-Systems, bei dem also jeder Weber vier Webstühle zu bedienen hat. Die Einführung dieses Systems würde die Entlassung vieler Weber zur Folge haben.

Die Forderungen der Unternehmer riefen innerhalb der Arbeiterschaft eine große Erregung hervor. In dem Gebiet von Armentières gibt es etwa 8000 Textilarbeiter. Der Bezirksverband von Armentières des Textilarbeiterverbandes der C.G.T. (entspricht dem ADGB in Deutschland) ergriff die Initiative für die

**Bildung eines gemeinsamen Ausschusses mit dem kommunistischen und dem christlichen Verband.**

Dieser Ausschuß kam zustande. Eine Delegation, der Vertreter der drei Verbände angehörten, wurde zu dem Präfekten (Regierungspräsidenten) des Département du Nord gesandt, damit dieser im Interesse der Arbeiter einen Druck auf die Unternehmer ausüben sollte.

Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeber-Verband und Gewerkschaftsvertretern wurden daraufhin eingeleitet und

erfolgreich abgebrochen. Daraufhin beschlossen die kommunistischen und freien Gewerkschaften, gemeinsam in den Streik zu treten. Die christlichen Gewerkschaften schlossen sich ihnen an. Seit dem 5. Januar ist der Streik im Gange, der ganz im Zeichen der Einheitsfront steht:

**Gemeinsame Versammlungen finden statt, gemeinsame Demonstrationen, an deren Spitze der Sekretär der freien Gewerkschaft neben dem des kommunistischen Verbandes marschiert!**

Angesichts dieser festen Einheitsfront sind die Aussichten der Arbeiter auf Erfolg des Streiks gut. Allerdings sind auch die Unternehmer gut organisiert, wodurch Streiks im Textilbezirk oft mißlungen sind.

Die Einheitsfront von Armentières macht auch nicht an den Grenzen des Bezirks halt. Sowohl „Humanité“, das Zentralorgan der KP Frankreichs, als auch der „Populaire“, das Zentralorgan der SP Frankreichs, betonen die Wichtigkeit dieser Einheitsfront und berichten darüber ohne gegenseitige Beschimpfungen.

Die deutsche Arbeiterbewegung gilt im allgemeinen als ein Muster von Organisiertheit. In bezug auf Versuche; und zwar gelungene Versuche einer Organisation der proletarischen Einheitsfront aber bietet sie ein kümmerliches Bild. Sie kann hier von den Genossen in Frankreich und Belgien ungeheuer viel lernen. Wann werden die Funktionäre der deutschen Arbeiterbewegung, wenn sie nicht von selber diese Erfahrungen nützen, von „unten“ mit der Nase drauf gestoßen?

## Das Schandurteil im Meerut-Prozeß.

Am Montag wurde das Urteil gegen die Gefangenen von Meerut verkündet.

Muzaffar Ahmad, Sekretär der (kommunistischen) Arbeiter- und Bauern-Partei von Bengalen, Vize-Präsident des Allindischen Gewerkschaftskongresses und Redakteur einer kommunistischen Zeitung, wurde zu lebenslänglicher Verschickung verurteilt.

Fünf Gefangene, darunter der Engländer Spratt, der Vorstandsmitglied des Allindischen Gewerkschaftskongresses und der Allindischen Arbeiter- und Bauernpartei ist und an der Führung einiger großer Streiks beteiligt gewesen ist, wurden zu 12 Jahren Verschickung verurteilt.

Drei Gefangene, darunter Bradley, der Vorstandsmitglied der Allindischen Arbeiter- und Bauernpartei ist und Mitglied des Britischen freigewerkschaft-

lichen Verbandes der Ingenieure und Maschinen-schlosser, wurden zu 10 Jahren Verschickung verurteilt, weitere drei zu je sieben Jahren und weitere vier zu je fünf Jahren Verschickung.

Sechs Gefangene, darunter der junge englische Journalist Hutchinson, der nach Indien gekommen war, um dort bei einer bürgerlichen Zeitung zu arbeiten und später Redakteur der kommunistischen Zeitung „New Spark“ wurde, wurden zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt, fünf andere zu je fünf Jahren, von denen je drei Jahre schweren Kerkers sein sollen.

Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Insgesamt also 180 Jahre Freiheitsstrafen und eine lebenslängliche Verurteilung!

drohung von Gewalt in Furcht zu versetzen . . . wird mit Deportation oder Gefängnis bestraft.“

Zu Beginn des Prozesses im Juni 1929 griff der Staatsanwalt, Mr. Langford James, die Sowjetunion und den Bolschewismus scharf an. Von Rußland meinte er, es sei „ein eiterndes Geschwür auf dem Gesicht von Europa, eine grausame und tyrannische Autokratie unter der Maske einer volkstümlichen Regierung“. Die Angeklagten seien, als Kommunisten, darauf aus, „rücksichtslos jeden zu ermorden, der nicht ihrer Ansicht sei“ und sie seien „gegen alles, was anständig ist“.

Es sind viele Verbrechen, die den Angeklagten vorgeworfen werden. Das wichtigste ist der Versuch, in Indien eine Sektion der Dritten Internationale aufzubauen. Die „verbrecherischen Methoden der Dritten Internationale“, die in der Anklageschrift aufgeführt werden, sind u. a. „die Hetze zum Kampf zwischen Kapital und Arbeit“, „Ermütigung zu Streikaktionen, Hartals“ (das sind befristete Streiks, zu denen auch Läden u. s. w. geschlossen sind), „die Feier von Jahrestagen der russischen Revolution“.

#### Der Kampf gegen die Gewerkschaften.

Allerdings ist diese Hetze gegen die Kommunisten im Zusammenhang mit dem Meerut-Fall nur ein Manöver. Nur 10 der 32 Gefangenen sind Kommunisten, die meisten wissen wenig vom Kommunismus. Jawaharlal Nehru, der

sozialistische Führer des allindischen Kongreß schreibt: „Menschen, die mit der Bauern- und Arbeiter-Bewegung irgendwie in Verbindung stehen, werden verhaftet und vor Gericht gestellt. Acht der Meerut-Gefangenen waren Mitglieder des Zentral-Komitees des Nationalkongreß, der dem Grundsatz der Gewaltlosigkeit treu ist und von den Kommunisten als ‚Agent des Britischen Imperialismus‘ verschrien wird.“ Nehru kommt zu dem Schluß, daß es den Behörden lediglich um die Vernichtung der Gewerkschaftsbewegung zu tun ist. Wochenlang beschäftigte sich der Staatsanwalt damit, Einzelheiten aus der Gewerkschaftsarbeit der Angeklagten vorzubringen. Er erklärte: „Mitras Karriere in der Verschwörungsarbeit begann, als er an dem Streik der Straßenarbeiter von Calcutta teilnahm.“ Mitra ist der Generalsekretär der Jutearbeiter von Bengalen.

#### Die Arbeiterregierung ‚mischt sich nicht ein‘.

Was ist in der Britischen Arbeiterbewegung geschehen zur Verteidigung des Rechts der indischen Genossen, sich in Gewerkschaften zu organisieren?

Der Prozeß begann am 12. Juni 1929, also gerade nach dem Amtsantritt der Arbeiterregierung in England. Sehr bald darauf schrieb Nehru einen Aufruf an die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien, in dem er die Arbeiter aufforderte, „die ganze Politik, die der neuen Gesetzgebung

der indischen Regierung in bezug auf die Arbeitsbedingungen zugrunde liegt (es handelt sich um das Gesetz über Schlichtung von Arbeitskonflikten. A. M.) und den Meerut-Prozess bekannt zu machen und zu bekämpfen. Die Gefangenen von Meerut waren nach Ablauf der Amtszeit der Labour-Regierung noch ebenso im Gefängnis, wie zu Beginn. Lansbury, der jetzige Führer der Labour Party wurde anlässlich einer Protestversammlung gegen die Behandlung der Gefangenen von Meerut gefragt, warum er nicht früher protestiert habe, als seine Partei noch an der Macht war. Die Antwort: Erstens begann der Fall bereits unter der Konservativen Regierung, zweitens sei er nicht dafür, daß die gesetzgebende Instanz sich in die Justiz einmische!

Inzwischen leben die Gefangenen in den fürchterlichen Gefängnissen Indiens — für Nahrung ist dort 4 d, das sind, nach dem Goldkurs berechnet, 83 Pfennige, pro Tag und pro Person angesetzt! Einer von ihnen, D. R. Thengdi, der 1923 Vorsitzender des Allindischen Gewerkschaftskongresses war, starb vor einigen Wochen.

## Protest gegen Huan-Pings Verhaftung.

Wir berichteten vor einigen Tagen, daß Huan-Ping, Vorsitzender der Allchinesischen Arbeiterföderation, in Peking verhaftet worden ist. Verhaftung bedeutet für einen Arbeiterführer in China höchste Lebensgefahr. Es kamen Nachrichten, daß Huan-Ping barbarisch gefoltert worden sei. Die Protestbewegung gegen diese Verhaftung ist in England und besonders in Frankreich viel kräftiger als in Deutschland.

In England haben eine Reihe von Organisationen, die zusammen eine breite Einheitsfront darstellen, telegraphisch der Nanking-Regierung ihren Protest zum Ausdruck gebracht. Der Protest trägt Unterschriften von Citrine, dem Sekretär des Generalrats des britischen Gewerkschaftskongresses und Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes, über Fenner Brockway und Maxton bis zu Bridgeman, dem Vorsitzenden der Liga gegen Imperialismus.

In Frankreich ging die Protestfront von den Kommunisten bis zu den Radikalsocialisten, der Liga für

### Das Gerichtsverfahren.

Fünf Beisitzer haben sich mit dem Meerut-Fall beschäftigt. Sie tun dies bereits seit 2½ Jahren, ohne jedoch während dieser ganzen Zeit auch nur ein einziges Mal einen Gefangenen verhört zu haben. Im August haben sie ihren Spruch über die Schuld der Angeklagten gefällt. Sie stimmten in ihrer Ansicht darüber nicht überein. In einigen Fällen fand sich eine Mehrheit für „schuldig“, in anderen eine Mehrheit für „unschuldig“, in wieder anderen waren sich die Fünf über das „Unschuldige“ einig. Seitdem warten die Angeklagten auf den Urteilspruch des Richters, der jetzt erfolgt ist und den wir an anderer Stelle mitteilen.

Dieser Prozess zeigt wieder, wie illusorisch es ist, zu erwarten, daß die Justiz in einer Klassengesellschaft etwas anderes ist als eine Klassenjustiz. Im Meerut-Fall tritt dieser Klassencharakter der Justiz besonders klar zutage, so, als hätte die Justiz hier die Maske abgeworfen, die sie in vielen anderen Ländern oft noch anlegt, um sich den Schein zu geben, als richte sie über Recht und Unrecht.

Menschenrechte und der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit; natürlich fehlten nicht Persönlichkeiten wie Romain Rolland und Henri Barbusse. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Cot, hat den sozialistischen Abgeordneten Monnet und den Radikalsocialisten Gaston Bergery empfangen; die beiden forderten im Namen des Amsterdamer Antikriegskomitees, daß das französische Außenministerium eingreife. Cot hat in diesem Sinne an die französische Botschaft in Nanking telegraphiert.

Tschang Hsue-Liang hat der französischen Liga gegen Imperialismus bereits geantwortet: „Telegramm erhalten. Huan-Ping von der lokalen Kuomintang-Organisation Tientsin verhaftet und nach Nanking gebracht zur Aburteilung. Ich habe nicht Vollmacht, zu intervenieren. Ich kenne ihn persönlich gut. Wenn (?) er ehrlich China dient, werde ich versuchen (?), der Nanking-Regierung wegen seiner Sicherheit zu telegraphieren.“

Huan-Pings Auslieferung an Nanking bedeutet nach allen Erfahrungen äußerste Gefahr für ihn.

## Der Frieden am Mittelmeer.

Nicht nur auf französischer, sondern auch auf italienischer Seite mehren sich die Stimmen, die eine Verständigung zwischen den beiden Großmächten des Mittelmeeres, Frankreich und Italien, wünschen. Zum Beispiel erklärte Mussolini, daß er große Hoffnung auf die Zusammenarbeit mit de Jouvenel, dem neuen französischen Botschafter, setze.

Die Schwierigkeit, die bei der Frage, wie diese Verständigung zustande kommen soll, auftritt, ist hauptsächlich in bezug auf die Beziehungen Italiens zu Jugoslawien schwer lösbar. Frankreich ist zu eng mit Jugoslawien verbündet, als daß die jugoslawienfeindliche Propaganda in Italien nicht auch gegen Frankreich gerichtet wäre; auch wird in Italien — wahrscheinlich nicht immer zu Recht — hinter jeder Aktion der jugoslawischen Regierung oder der Kleinen Entente der Einfluß Frankreichs vermutet. Andererseits kann Frankreich ein Bündnis mit Italien erst eingehen, wenn Mussolini seine Annektionenwünsche in Dalmatien aufgeben oder sein Verhältnis zu Jugoslawien wenigstens irgendwie vertraglich geregelt hat.

Der Forderung Italiens nach Kolonien wird in Kreisen der französischen Radikalen, also in einflussreichen Kreisen, immer mehr Verständnis entgegengebracht. Im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten stellte Béranger fest, daß Italien bei Friedensschluß übers Ohr gehauen worden sei und daß zwischen Italien und Frankreich nicht nur

europäische, sondern auch koloniale Fragen bereinigt werden müßten.

Von de Jouvenel erschien im englischen „Sunday Referee“ ein Aufsatz, in dem der neue französische Botschafter die Kündigung des italienisch-französischen Vertrages von Tunis scharf verurteilte. Er erinnert an die italienische Hilfe beim Ruhrenmarsch. Ein „Mittelmeer-Locarno“, d. h. eine feste vertragliche Sicherung der Grenzen am Mittelmeer, vor allem in Nordafrika, müsse den italienischen Interessen gerecht werden.

Ferner schreibt de Jouvenel, daß eine französisch-italienische Entente nur möglich sei, wenn auf beiden Seiten die Überzeugung bestünde, daß keiner der beiden Staaten die Vorherrschaft in Europa allein an sich reißen wolle. Er warnt davor, schon jetzt ein französisch-italienisches Flottenabkommen abzuschließen zu wollen. Bekanntlich fordert die italienische Regierung in dergleichen Verhandlungen stets die Flottenparität mit Frankreich. Da aber Frankreich seine Flotte auf mehrere Küsten hin verteilen muß, während Italien nur am Mittelmeer und dem Adriatischen Meer gelegen ist, würde eine Flottenparität zu einer Vorherrschaft Italiens im Mittelmeer führen. Das, so meint de Jouvenel, würde für Frankreich den Verlust seiner Kolonien bedeuten —

womit er das ganze Ausmaß des Mißtrauens zeigt, mit dem er sich an die Aufgabe der Verständigung zwischen Rom und Paris heranmacht.

### Neuer italienisch-jugoslawischer Zwischenfall Nach den Markusküsten die Bootsflage.

Als die venezianischen Markusküsten in Jugoslawien beschädigt worden waren und die italienische Presse sich in heller Aufregung über dieses „Verbrechen“ befand, erklärten jugoslawische Regierung und Presse immer wieder, daß es sich doch um eine Kleinigkeit handele, für die die Regierung nicht verantwortlich gemacht werden könne. Um aber auf jeden Fall in der Kriegshetze nicht hinter Italien zurückzubleiben, hat die jugoslawische Presse jetzt einen ähnlichen „Akt des Vandalismus“ entdeckt, der in Italien gegen Jugoslawien verübt worden sei, und jetzt ist es die italienische Presse, der es „vollkommen unverständlich“ ist, wie man über eine derartige Kleinigkeit auch nur ein Wort verlieren könne. Es handelt sich darum, daß italienische Fischer auf einer im Hafen von Venedig liegenden Motorbarke die Herausgabe der jugoslawischen Fahne erzwungen hätten. — Kleinigkeiten, die ihren Zweck, die Kriegspychose zu schüren, nicht verfehlen!

### Venizelos wieder griechischer Ministerpräsident.

Da es Kaphandaris, der von dem griechischen Staatspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, nicht gelungen ist, ein Kabinett zusammenzustellen, hat Venizelos die Führung der neuen Regierung übernommen. Venizelos hat bereits seine Ministerliste zusammengestellt. Alle Parteien, die den Sturz der Regierung Tsaldaris herbeigeführt hatten, sind an der neuen Regierung beteiligt. Kaphandaris ist Finanzminister und Papanastasiu Landwirtschaftsminister. Venizelos erklärte, daß er sofort Neuwahlen ausschreiben würde, wenn er im Parlament keine Mehrheit erhalten sollte.

### Lloyd George über Gleichberechtigung und Liberalismus.

Lloyd George erklärte einem Vertreter der „News Chronicle“, daß MacDonald im Sommer 1931 — also vor

dem Rücktritt der Arbeiterregierung — die Führer der damaligen Oppositionsparteien, der Liberalen und der Konservativen, zu sich berufen hätte, um sich mit ihnen über die Rüstungsfrage zu verständigen. Sie seien damals übereingekommen, daß England die Gleichberechtigung für Deutschland fordern müsse, da die als Anreiz für Deutschland in den Versailler Vertrag geschriebene Versicherung, die anderen Mächte würden auch abrüsten, nicht übergangen werden dürfe. Er, Lloyd George, habe das Dokument, in dem dieser Plan enthalten sei, in seinem Besitz, und er sei bereit, es zu veröffentlichen, wenn er herausgefordert werden würde.

Weiter sprach der ehemalige Führer der englischen Liberalen über den jetzigen Stand des Liberalismus, dem er den sicheren Tod voraussagte.

Der Liberalismus sei in einem fortgeschrittenen Zustand der schleichenden Gehirnerweichung.

(Dies gilt selbstverständlich nicht nur den englischen Liberalen, sondern auch denen anderer Länder, mögen sie sich auch als „Demokraten“ oder noch anders bezeichnen!)

### Eisenbahnfähre über den Bosphorus.

Die türkische Regierung hat einer englischen Kapitalistengruppe die Konzession zum Bau einer Eisenbahnfähre über den Bosphorus erteilt. Dies ist die erste Konzession an englische Unternehmer, die von der Türkei seit dem Kriege erteilt worden ist. Die Kapitalistengruppe erhält für 50 Jahre ein Monopol für die Beförderung von rollendem Eisenbahnmateriale über die Fähre. Wirtschaftlich wird die Fähre von Bedeutung sein für den Transport leicht verderblicher Waren von der Türkei nach Europa. Die hauptsächlichste Bedeutung der Fähre liegt aber wahrscheinlich in ihrem militärischen Wert, da sie eine direkte Verbindung zwischen dem Orientexpress (Paris—Konstantinopel) und der durch die Türkei, Syrien und den Irak nach Baara am Persischen Golf führenden Eisenbahn darstellt. (Die zwischen dem Irak und Syrien noch fehlende Bahnlinie soll demnächst gebaut werden.)

## Hochspannung am Pazifik.

### 1. Wladiwostok.

Gu—n. Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion veröffentlicht den

Notenwechsel, der zwischen Japan und Sowjetrußland in der Frage des Nichtangriffspakts

stattgefunden hat. Am 13. Dezember 1932 hat die japanische Regierung dem Sowjetbotschafter in Tokio die japanische Antwort auf das russische Paktangebot überreicht, in der sie den sofortigen Abschluß eines Nichtangriffspakts für unzweckmäßig ansieht und den Vorschlag macht, einen japanisch-russisch-mandschurischen Ausschuß zur Beilegung von Grenzstreitigkeiten einzusetzen. Japan sagt, daß in der Frage der Nichtangriffspakte verschiedene Meinungen möglich seien. Die eine könne sich auf die Notwendigkeit eines Abschlusses gründen, während eine andere dahin gehen könnte, daß

zunächst die Gründe möglicher Streitigkeiten beseitigt werden müßten. Japan sehe die Zeit für den Abschluß eines solchen Paktes noch nicht für reif an.

Die geeignete Methode zur Beilegung von Streitigkeiten sehe Japan in der Bildung eines solchen Grenzausschusses.

In der Antwort der Sowjetregierung wird zunächst das Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, daß Japan nicht zum sofortigen Abschluß eines Nichtangriffspakts bereit sei. Dann hebt die Note die Bereitschaft der Sowjetunion hervor, die Bildung eines solchen Grenzausschusses zur Beilegung der Streitigkeiten zu erwägen. Die Sowjetnote beweist demnach, daß Moskau die Antwort Japans nicht als grundsätzliche Ablehnung auffassen, vielmehr die Verhandlungen über den Nichtangriffspakt fortsetzen will. In der Note wird gesagt, daß

der Sinn der Nichtangriffspakte nach der Auffassung der Sowjetregierung in der beiderseitigen Bereitwilligkeit liege, etwaige Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem Wege beizulegen.

Die Sowjetregierung sei nicht der Auffassung, daß zwischen der Sowjetunion und Japan solche Streitigkeiten beständen, deren Beilegung unmöglich wäre. Der Vorschlag der Sowjetunion sei übrigens nicht den Erfordernissen des Augenblicks entsprungen, sondern habe sich auf die gesamte friedliche Politik Rußlands gegründet. Die Versicherung Japans, daß beide Staaten die gegenseitige Unabhängigkeit und die Rechte achten und jede Grenzverletzung vermeiden wollten, nehme die Sowjetregierung mit Genugtuung zur Kenntnis. Sie spreche ihre Überzeugung aus, daß angesichts der Anwesenheit japanischer Truppen unmittelbar an der Sowjetgrenze sich auch in Zukunft Grenzzwischenfälle vermeiden ließen.

Die Russen haben in dieser Antwort noch einmal den wesentlichen Inhalt ihrer Nichtangriffspakte festgestellt: die Verpflichtung, auf den Krieg als Mittel der Schlichtung von Interessenkonflikten zu verzichten. Es handelt sich in diesem Falle um den Konflikt, den man vielleicht am schärfsten durch den Namen Wladiwostok bezeichnen kann.

Wenn Japan den Nichtangriffspakt verweigert, so behält es sich damit ausdrücklich vor, sein Interesse an der Beherrschung der Mandschurei auch mit dem Mittel des Krieges zu verfolgen.

Die Gefährlichkeit der japanisch-russischen Spannung wird deutlich, wenn man die Bedeutung Wladiwostoks ins Auge faßt: für ein Japan, das die Mandschurei strategisch technisch vollkommen beherrschen will, ist der Besitz von Wladiwostok ein notwendiges Teilstück; für Rußland andererseits ist Wladiwostok der wichtigste Hafen am Stillen Ozean. Matsukata hat neulich gesagt, daß Japans Kampf gegen ein Weitertragen des Bolschewismus nach Asien gerichtet sei; er hat hinzugefügt, daß es nur ein kleiner Schritt sei von der Mandschurei bis Japan. Man muß sich klar machen, daß Wladiwostok in der Mitte dieses kleinen Schrittes liegt.

Die Spannung um dieses „Auge des Ostens“ wird um so drohender wachsen, je mehr die Japaner von ihren imperialistischen Konkurrenten genötigt werden, ihre Eroberungen auf die Mandschurei und ein Stück Nordchina zu beschränken,

weiter im Süden hingegen die Tür nach China für die anderen Imperialisten offen zu lassen.

### 2. Japan—USA.

Den USA ist es zweifellos nicht angenehm, daß die Frage der Unabhängigkeit der Philippinen ausgerechnet in dem jetzigen Hochspannungszustand auf die Tagesordnung gekommen ist. Sofort ist

der Gedanke aufgetaucht, daß Japan eine Lockerung der amerikanischen Herrschaft über die Philippinen zu einem Druck auf die USA ausnutzen könne,

etwa in der Richtung, daß Amerika den japanischen Mandschurei-Raub legalisieren und Japan sich dafür zu einem Garantievertrag über die Unantastbarkeit der Philippinen herbeilassen würde. Um allen Gerüchten über ein Nachgeben der USA in der Mandschurei-Frage vorzubeugen, hat Hoover durch den Staatssekretär Stimson sämtliche diplomatischen Vertreter der USA in Europa angewiesen, bei jeder Gelegenheit zu erklären, daß die amerikanische Regierung die Anéignung fremder Gebiete mit Waffengewalt nach wie vor nicht anerkenne.

Stimson hat, wie das WTB aus Washington mitteilt, noch einmal äußerst deutlich die Besorgnis um die Philippinen zum Ausdruck gebracht,

die amerikanische Regierung befürchte, Japan werde die Philippinen eines Tages annektieren, wenn sie erst unabhängig wären.

### Die Beschwörer suchen neue Formeln.

Der Vermittlungsvorschlag, den in Genf Hymans, der Vorsitzende des Neunzehner-Ausschusses, und Drummond, der Generalsekretär des Völkerbundes, sich ausgedacht hatten, um endlich die chinesische und die japanische Unterschrift auf ein und denselben Blatt Papier zu kriegen, ist von dem chinesischen Delegierten Yen in einem Schreiben an den Präsidenten des Ausschusses scharf abgelehnt worden. Die Japaner hatten die neue Vergleichsformel sogar angenommen. Die Japaner haben um 48 stündige Verschiebung der Verhandlungen des Ausschusses gebeten.

Simon, der englische Außenminister, erklärte, daß der Ausschuß den Japanern nur aus Höflichkeit die erbetene Frist gewähre. Der Franzose Massigli schloß sich dieser Erklärung an; es sei Zeit, mit einer Methode Schluß zu machen, aus deren Praxis der Völkerbund nur geschwächt hervorgehen könne, wenn (!) sie sich noch mehr in die Länge ziehe.

# Sie rüsten zum Krieg!

## Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie.

**IAK.** Von 1925 bis 1930 sind Waffen und Munition im Gesamtwert von etwa 800 Millionen Gulden nach etwa 35 Ländern und Kolonien ausgeführt worden. Etwa ein Drittel dieser Summe stammt von England, 13 Prozent von Frankreich, 12 Prozent von der USA, 10 Prozent von der Tschechoslowakei, und 8 Prozent von Schweden.

Mehr als die Hälfte des englischen Exports ging in die britischen Dominions und Kolonien. Der Rest ging nach Spanien, Japan, Griechenland, Chile, Holland und Bolivien.

China ist das größte Einfuhrland für Munition; es nimmt 20 Prozent der gesamten Welteinfuhr auf. An Waffen und Munition werden 1,5 Prozent der Welteinfuhr aufgenommen. Japan lieferte 1930 38 Prozent der Gesamteinfuhr. Deutschland und Belgien stehen mit 26 Prozent und 15 Prozent an den nächsten Stellen. Es ist zu beachten, daß die angegebenen Zahlen nicht den verbotenen Waffenhandel mit umfassen, der bekanntlich in einigen Ländern sehr schwungvoll betrieben wird.

England lieferte gemäß der Antwort der Regierung auf eine Anfrage im Unterhaus in der ersten Hälfte des Jahres 1932 an Japan 240 Kanonen und Maschinengewehre mit 6 Millionen Patronen, an China 25 Maschinengewehre und 500 000 Patronen.

In den Niederlanden wurden große aus Belgien stammende Mengen Waffen für die Nationalsozialisten nach Deutschland geschmuggelt. Die Revolver waren gemerkt: „Fabrique d'armes de guerre de grande précision“ und „Laocing Glass Patent“. Die Kartons, in denen sich die Munition befand, trugen die Aufschrift „Fabrique Nationale d'Armes de Guerre, Herstal, Liège“. Auch wurde eine große Anzahl von Karabinern in Torfschiffen durch die belgische Waffenfirma Orban-Ferrère von Niederland nach Deutschland geschmuggelt, wo sie durch die Zollbehörde entdeckt wurden.

Schweiz: In der Waffenfabrik Neuhausen bei Schaffhausen werden tausend schwere Maschinengewehre für Columbien (Südamerika) hergestellt.

1920, 1921, 1925 und 1926 fielen außerhalb Europas in kolonialen Kriegen 1000 Offiziere und 35 000 Mannschaften (Revue d'Infanterie).

## Osteuropa in Waffen.

Ungarn, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien und Oesterreich geben 60 Prozent mehr aus für militärische Zwecke als das alte Oesterreich-Ungarn. Ihre Heeresstärke beträgt 628 000 Mann gegenüber 400 000 in Oesterreich-Ungarn. Dieses Land hatte 55 Millionen Einwohner, die fünf Staaten zusammen 60 Millionen.

In dem bulgarischen Pressegesetz ist ein neuer Artikel über Landesverteidigung aufgenommen. Gemäß diesem Artikel werden Berichte über Truppenbewegungen, militärische Vorbereitung und Verstärkung in Friedenszeiten mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft, sofern durch die Veröffentlichung das Staatsinteresse in Gefahr gebracht wird. Die gleiche Strafbestimmung besteht für die Veröffentlichung von Mitteilungen über geheime Parlaments-Sitzungen und Berichte, welche durch die militärische Zensur verboten sind.

## Italien.

Ueber die Uebungen zur Abwehr von Luftangriffen, die im Oktober in Rom abgehalten wurden, berichtete der dortige „Times“-Korrespondent, daß dabei die Erfahrungen, die man bereits in anderen Ländern bei derartigen Manövern gesammelt hatte, sich bestätigten haben. Trotz aller Vorsorgemaßregeln ist eine ausreichende Verteidigung gegen Luftangriffe, vom Erdboden aus, unmöglich, und demzufolge kann auch nicht von einer ausreichenden Beschirmung der Bevölkerung der großen Zentren die Rede sein.

Es gibt nur ein wirkliches Verteidigungsmittel, nämlich den Gegenangriff in der Luft selber, was eine starke Luftstreitmacht voraussetzt,

um den Gegner zu hindern, sein Ziel zu erreichen. Zu dieser Schlußfolgerung kommt auch „Vie del'Aria“, das offiziöse Organ des italienischen Luftfahrtministeriums.

Ende April 1932 waren 2 823 774 Jungen (Ballila und Avanguardia) bei den militärischen Jugendorganisationen

eingetragen. Ueber 1300 Lehrer sind für die körperliche Ausbildung erforderlich.

Gemäß „Force armate“ vom 21. September 1932 ist durch Dekret vom 22. Juli dieses Jahres im Falle einer Mobilisierung für die Bevölkerung von Lybien die militärische Dienstpflicht eingeführt. In den letztvergangenen 7 Jahren baute Italien 54 Unterseeboote, wovon 22 im Jahre 1931 vom Stapel gelaufen sind. Für den Bau von zwei Kreuzern und zwei Torpedojägern sind Aufträge erteilt.

## Die Vereinigten Staaten von Amerika

veranschlagen ihren Fehlbetrag für das laufende Steuerjahr auf 1146 Millionen Dollar, für das folgende auf 307 Millionen. Dennoch werden für 1934 wegen Marine-Neubauten 39 Millionen verlangt, was einer Steigerung um 21 Millionen gleichkommt. Der Vorschlag des Heeres-Flugdienstes sieht den Bau von 375 Flugzeugen vor, wodurch die Anzahl dieser Maschinen auf 1537 gebracht wird. Der Kriegsminister drängt auf Vergrößerung des Heeres um 1820 Offiziere und 45 000 Mannschaften.

## Frankreich.

Die Firma Schneider hat eine Kanone von 210 mm und einer Reichweite von 120 km hergestellt.

Bestellt sind weiterhin in Frankreich 20 Torpedo-Wasserflugzeuge und 15 große Unterseeboote, während bereits vier Unterseeboote vom Stapel liefen oder beinahe fertig gestellt sind. Im Bau befinden sich außerdem vier Minensucher. In den letzten 8 Monaten wurden in Frankreich 69 Unterseeboote gebaut.

## Schweiz.

Gemäß einer Ordonnanz des Militär-Departements ist es künftig Milizsoldaten verboten, in Uniform an Kundgebungen gegen die bestehende Ordnung oder das Heer teilzunehmen. Teilnahme an politischen Versammlungen und Aufzügen in Zivil kann gestattet werden; aber auch in jenem Fall gelten die Bestimmungen des Militär-Strafgesetzbuches (Berner Bund).

## Polen.

In Polen wurden allein im Jahre 1932 nicht weniger als 50 Personen wegen Spionage für Rußland hingerichtet. Mehr

## Die blutige Internationale erntet, was sie gesät.

### Japan.

Gegenüber den 2356 Millionen Yen Ausgaben, die für das Budget 1933—1934 veranschlagt werden, stehen nur 1330 Millionen an Einnahmen, sodaß ein Fehlbetrag von 905 Millionen oder 40 Prozent des Budgets besteht. Um diesen Fehlbetrag zu decken, sollen für eine Milliarde Schatzwechsel ausgegeben werden. Trotz dieses Fehlbetrags werden die militärischen Ausgaben, die im vorigen Jahre 400 Millionen betragen, jetzt auf 662 Millionen oder 65 Prozent mehr veranschlagt. Sie machen 50 Prozent aller Einnahmen aus. Nach japanischen Blättern würden die Budgets für Heer und Flotte selbst bis auf je 560 Millionen Yen gegenüber 189 bzw. 211 Millionen im Vorjahre erhöht werden.

Im Zusammenhang mit dem internationalen Zustande wird der anfänglich für 1934 vorgesehene zweite Flottenbauplan ein Jahr früher ausgeführt. Innerhalb von vier Jahren sollen gebaut werden: 2 Kreuzer, 7 Torpedobootjäger, 6 Unterseeboote, ein Minenleger und eine Anzahl Minensucher und Torpedoboote. Für die Luftflotte wird ein Kredit von 20 Millionen verlangt. Nach dem bestehenden Luftflotten-Programm wird Japan im April 1937 über 36 Luftgeschwader verfügen, das ist doppelt soviel, wie während der Flottenkonferenz zu London. Inzwischen wird die militärische Ausbildung der Jugend kräftig organisiert. Hohe militärische Autoritäten, worunter der Kriegsminister, inspizieren japanische Schulmädchen.

als ein Drittel des Etats wird für militärische Ausgaben verwandt. (In Warschau traten die Gemeinde-Beamten in den Hungerstreik, weil sie seit Monaten kein Gehalt empfangen hatten!)

Laut einer Verordnung der Regierung werden künftig das Eisenbahnpersonal und die Arbeiter in den Munitionsbetrieben als Militär betrachtet. Streiks werden künftig als Meuterei betrachtet und durch ein Standgericht abgeurteilt werden. Ferner werden Eisenbahnwagen mit verstellbarem Radabstand gebaut, und zwar mit Hinblick auf die Tatsache, daß die Spurweite in Rußland größer ist als in anderen Ländern.

## Spanien.

Der spanische Ministerpräsident Azana kündigte kürzlich eine Erhöhung der militärischen Ausgaben an. Er erklärte, daß Spanien in Kürze im Stande sein wird, zwei Millionen vollkommen bewaffnete und mit modernen Kampfmitteln und Material ausgerüstete Soldaten aufzustellen, ferner, daß es bis zu einem Etat von 150 Millionen für die Militär-Luftschiffahrt kommen wird, und daß Artillerie angeschafft werden sollte, sobald die technischen Dienstleistungen die Modelle festgestellt haben. Azana sagte, daß das bestehende Heer nichts taugte und fügte noch hinzu: „Sofern das spanische Volk kein gutes Verteidigungs-Heer haben will, muß es das selber wissen; ich habe meine Pflicht getan, es zu warnen.“

Azana sagte später bei verschiedenen Gelegenheiten: „Ich will ein Heer, das sich in einem internationalen Krieg mit einem ausländischen Heer messen kann.“ „Spanien hat kein anderes ausländisches Aktionsgebiet als Marokko; aber ich lege auf die Erklärung Wert, daß alles, was man am Heere reformieren wird, nicht wegen Marokko geschieht, wo die Aktion durch ein Freiwilligenheer erfolgen kann.“ „Das Heer der Republik muß auf den Krieg vorbereitet werden, in welchen Spanien infolge seiner ausländischen Politik verwickelt werden kann.“ „Wir müssen dem schamlosen Schauspiel von 1914 entfliehen, als Spanien infolge seiner Ohnmacht sich in der traurigen Wirklichkeit einschließen mußte, welche die Welt uns auferlegte.“

## Türkei.

Mit Hilfe von freiwilligen Sammlungen konnten 40 neue Flugzeuge angeschafft werden. Die Stadt Smyrna kaufte für eigene Rechnung bereits neun.

## Dreitausend Mädchen werden bereits durch das Militär ausgebildet.

Tausende von Schulknaben marschierten in militärischer Uniform und mit Gewehren versehen, vor Kaiser Hirohito vorbei. Die Kriegs- und Unterrichtsminister haben durch Verordnung bestimmt, daß künftig zur Hochschule nur noch solche Schüler zugelassen werden sollen, die eine militärische Ausbildung genossen haben, die als obligatorisches Fach für die Mittelschulen eingeführt wird. Dieses alles lindert die japanische Regierung nicht daran, in Genf... „Entwaffnungs“-Anträge einzureichen!

## China.

Das Ausschlag gebende Uebergewicht der japanischen Militär-Flugzeuge im Kampfe um Schanghai hat der chinesischen Regierung Veranlassung gegeben, der Luftwaffe ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ein großer Teil der Gelder, die für die Erweiterung der Hochseeflotte vorgesehen waren, werden für das militärische Flugwesen bestimmt. In Hankau ist eine Fliegerschule gegründet. Als Instruktoren sind 15 amerikanische Flieger angestellt, mit Gehältern von 2000 bis 6000 Silberdollar im Monat.

Nach einer Mitteilung der chinesischen Gesandtschaft in London sind seit dem 18. September 1931 durch japanische Truppen und Agenten in China 58 248 Menschen ermordet worden, worunter 12 026 Zivilisten. Außerdem fielen bei der Verteidigung von Schanghai 4928 Menschen.

A. M. FREY



## DIE PFLASTERKÄSTEN

Unb. rechtlicher Nachdruck verboten. Copyright 1 29 by G. Klippenhauer Verlag AG. Berlin.

Endlich landen sie in Lille. Sie landen in einer Halle, die Ähnlichkeit hat mit jener, aus der sie abgefahren sind. Ist am Ende gar nichts Besonderes geschehen? Will sich sozusagen nichts ins Kritische verändern? Wür's möglich, daß der Krieg sich noch einigermaßen harmlos anließe? Man gilt als Frontsoldat, man ist einer — und spürt von der Front kaum mehr als die daheim, dank einem glücklichen Zufall, der einen in die taube Ecke geschmissen hat, bis endgültig Schluß ist? Denn Schluß muß ja bald —

Da ist — zum erstenmal wieder — irgend so ein Vorgesetzter und schreit: „Alles aussteigen!“ Und man sieht in den Abteilen nach, ob keiner die Ankunft verpennt hat oder gar unter die Bank gekrochen ist oder verborgen im Abtritt hockt, denn was kann man wissen? Hier hört man nämlich — hier hören die Neulinge zum erstenmal Artilleriefeuer; und wenn es auch ganz gedämpft detoniert, als habe man um ihre Willen den Himmel mit Tüchern verstopft — sie wissen, daß es echt ist, daß es keinen unschädlichen Uebungen dient, daß es nur ein inbrünstiges Ziel hat: Menschen zu töten oder wenigstens so weit zu verstümmeln, daß sie ihrerseits nicht mehr töten können.

Der vertrauenerweckende Eindruck des Bahnhofes, der fast heute noch ein Heim der einst gesitteten Welt sein könnte, liefern nicht verdächtigerweise nur feldgraue Gestalten durch ihn hin, hält nicht lange vor, denn gleich draußen, unterm Portal, überfällt sie die drohende, wüste, langweilige Fratze des Krieges: zum Geripp zerfrossene, verstümmelte Häuserreihen, eine theatralische Fassade des großen Zerstö-

rerwillens, ein läppisch-düsterer Straßenzug aus Schutt, den man geschichtet und geordnet hat, und der in seiner Wohlständigkeit doppelt schauerlich wirkt.

Sie sagen nichts, die drei. Sie denken nur daran, daß das auf Abbildungen viel weniger eindrucklich war. Vorläufig sind sie noch so etwas wie Vergnügungsreisende wider Willen. Sie haben keine Arbeit zu verrichten, sie tun keinen Dienst, sie sind unterwegs; auf eigene Verantwortung dem Ziel zu, das immer noch unbekannt ist. Sie genießen einen Stadtteil in sortierten Trümmern, sie betrachten die Sehenswürdigkeit — und dann betrachten sie einander. Sie entdecken, wie sie sich heimlich mustern, einer will dem anderen die Folgen dieses Anblicks vom Gesicht ablesen: Erstaunen, Entsetzen, Befriedigung oder Gleichmut?

Der immerdar beredte Schaffner zieht den Mund ganz unter den Bart zurück. Der Friseur Stöger, mit ewig leidenden großen Kinderblicken, er, der selber zu Hause neun Kinder hat und das zehnte erwartet, läßt die allzu weichen braunen Augensterne hilflos umhergehen. Der dritte aber, der wortkarge Funk, sagt, nachdem sie lange genug geschwiegen haben: „Wenn hier einmal wieder aufgebaut wird, müßten eigentlich alle zusammen helfen.“

„Wer: alle zusammen helfen?“ fragt der Schaffner mißtrauisch. „Meinet uns auch?“

„Alle, die beim Spiel des Ueber-den-Haufen-Schießens mitgemacht haben, also auch wir.“

„Du kommst mir recht. Ich für mein Teil geh heim, wenn der Schwindel aus ist. Wie käm' denn ich dazu, den Franzosen die Häuser aufzubauen?“

„Nicht weil du sie zusammengeschossen hast, Holzer, oder weil unsere Landsleute das getan haben, für die wir hier stehen, sondern weil nach dem gemeinsamen Spaß des Zerstörens, zu dem die Kriegführenden einander verhelfen, doch die gemeinsame Freude des Aufbaus kommen müßte.“

„Wer red' denn vom gemeinsamen Spaß des Zerstörns?“

„Ich. Den muß es doch geben. Den gibt es im letzten und innersten. Sonst wäre ja das alles nicht möglich. Man

jagt doch nicht jahrelang hinter Unlustgefühlen her, ohne daß es Lustgefühle wären.“

„Du spinnst. Schauen wir lieber, daß wir unser Quartier finden.“

Sie hatten in einem Büro des Liller Bahnhofs ihre Frachtbriefe, unter denen sie befördert worden waren, abgenommen bekommen. Auf neuen Zetteln stand die Adresse ihrer Unterkunft für die Nacht und der Hinweis, am nächsten Morgen auf der Stadtkommandantur weiteren Befehl entgegenzunehmen.

Sie fanden ein Haus in einem hübschen Stadtviertel — so eine Art Reisendenhotel für durchkommende Frontsoldaten.

Ueber eine kleine verwahrloste Treppe ging es hoch hinauf in ein Zimmerchen, darin standen drei bettartig zusammengeagelte Gestelle, auf denen Matratzen lagen. Ueber die Matratzen erstreckten sich Leintücher, sie waren recht mitgenommen, aber es waren doch einstmals weiße Tücher. Auch eine blecherne Waschkübel fand sich vor, auf lehnelosem Stuhl. Man war also in der Tat in eine Art Hotel garni geraten, mit Blick über die Dächer einer anscheinend friedlichen Stadt — Blick in einen zahmer durchsonneter Herbstabend hinein, durch den die Schwalben flitzen —, wenn nur der ferne Donner, verstopftes Geschützgrollen nicht gewesen wäre. Das Grollen mit dem Anspruch auf schrecklich ernst gemeinte Tat war zum jubelnden Geschroll der Schwalben so widersinnig, daß man es fast mit Erfolg leugnen konnte.

Es dunkelte schon, als die drei das Treppchen wieder hinunterpolterten. Ihr Herbergsvater, ein Gefreiter, der nicht mehr voll frontdienstfähig war, verkündete, sie könnten sich von der Madame, die mit im Hause wohnte, etwas kochen lassen — selbstverständlich für ihr Geld. „Im übrigen müßt ihr mit eurer Ration auskommen — ihr seid ja für drei Tage von Haus aus verpflegt.“

„Die drei Tage sind aber mit dem heutigen Tage um“, sagte der Bader bekümmert. (Fortsetzung folgt.)

## Aussperrung im Siegerland.

Da die Arbeiter sich weigerten, zu den von den Unternehmern diktierten Hungerlöhnen weiter zu arbeiten, wurden am Montag in vielen Betrieben der Siegerländer Metallindustrie Aussperrungen vorgenommen. (Von der 8000 Mann starken Gesamtbelegschaft hatten sich mindestens 60 Prozent geweigert, die Arbeit zu den Bedingungen des Unternehmerverbandes aufzunehmen, der Rest arbeitet nur unter Protest weiter.) Besonders die großen Werke liegen alle still, so das Wissener Weißblechwerk mit 2200 Mann, das Eisener Walzwerk in Siegen mit rund 1300 Mann, das Geisweiler Eisenwerk mit 700 Mann, das Walzwerk der Friedrichshütte in Wehbach mit 400 Mann, die Firma Bertram in Siegen mit 150 Mann und mehrere kleinere Betriebe mit 30 bis 100 Mann Belegschaft. Im Weißblechwerk Wissen wird von achtzehn Walzenstraßen nur eine mit 120 Mann in Betrieb gehalten. Ein größerer Betrieb der weiterverarbeitenden Industrie, die Maschinenfabrik Waldrich, die dem Unternehmerverband nicht angeschlossen ist, arbeitet zu den bisherigen Lohnsätzen weiter. Die ausgesperrten Arbeiter haben überall Aussperrungsausschüsse gebildet. Hoffentlich nehmen sie sich ein Beispiel an den französischen Kollegen in Armentières.

## Taxistrek in Wien.

Am Montag begann in Wien ein allgemeiner Kraftdroschenstreik, der programmgemäß von 6 Uhr früh bis 11 Uhr dauerte. Der Streik wird mit äußerster Disziplin geführt. Die Bahnhofsplätze Wiens waren am Montag morgen völlig leer, und auch in der Stadt waren keine Taxis zu sehen. Die Notgemeinschaft des Fuhrgewerbes hat dem Bundeskanzler durch eine Delegation ihre Forderungen zugehen lassen. Wenn sie nicht innerhalb fünf Tagen erfüllt werden, so heißt es, wird der Streik zu einem allgemeinen Kraftwagenstreik ausgedehnt werden, dem sich auch die Lastkraftfahrer anschließen würden. In Graz sind die Kraftdroschenführer in den Sympathiestreik getreten.

## Tarifregelungen.

Für die Dachdecker wurde endgültig ein Tarif abgeschlossen. Mit Wirkung vom 15. Oktober ab wurde der Reichstarif mit Ausnahme des Geltungsbereiches Thüringen vom Reichsarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärt. Erst Ende Dezember hat der Reichsarbeitsminister auch für den Freistaat Thüringen die Allgemeinverbindlichkeitsklärung mit Wirkung vom 1. Januar 1933 ab ausgesprochen.

Für die Weißhohlglasindustrie fanden in Dresden Verhandlungen über die Regelung des Urlaubs für 1933 statt. Der Schutzverband deutscher Glasfabriken forderte die Beseitigung des Urlaubs. Da die Gewerkschaften dieses Ansinnen energisch zurückwiesen, machten die Unternehmer den Vorschlag, daß zwei Drittel des tarifmäßigen Urlaubs beibehalten werden sollten. Der Rahmentarif soll dann bis zum 31. Dezember 1933 verlängert werden. Ueber diesen Vorschlag wird jetzt die große Verhandlungskommission beraten.

Für die Farbenglasindustrie ist von dem Arbeitgeberverband deutscher Tafelglashütten eine fünfzehnprozentige Kürzung sämtlicher Akkordsätze und die vollständige Streichung der Mietentschädigungen in Höhe von 6 Mark monatlich gefordert worden. Die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht in Dresden führten zu einem bindenden Schiedsspruch. Die Akkordsätze werden um 3 Prozent gekürzt. Die Miet- und Brandschädigung beträgt statt bisher 6 Mark nur noch 2 Mark. Der neue Lohnvertrag kann erstmalig zum 31. Dezember 1933 gekündigt werden.

## Berliner Konsumvereinswahlen.

Am Sonntag wählten die Mitglieder der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung ihre Vertreter zur Generalversammlung. Es erhielten: die Liste Genossenschaftsaufbau 712 Vertreter, die Liste der kommunistischen Oppositionellen 192 Vertreter. Der Wahlkampf war auf beiden Seiten mit beispielloser Heftigkeit und mit gegenseitigen Anwürfen geführt worden, die in keiner Weise geeignet waren, das Vertrauen zu der Genossenschaft und ihren Kredit zu stärken.

## „Studentenstreik.“

In einer Vollversammlung der Studenten der Technischen Hochschule in Breslau wurde der Beschluß gefaßt, in den „Generalstreik“ zu treten und die Vorlesungen am Montag nicht zu besuchen zum Protest gegen die geplante Zusammenlegung der Breslauer Technischen Hochschule mit der Universität. Anschließend besteht zur Zeit keine Möglichkeit, jüdische oder kriegsgegnerische Professoren anzupöbeln, und so kamen die Studenten, die im allgemeinen alles andere als Freunde des „Generalstreiks“ sind, auf diesen Ausweg, einen „blauen Montag“ zu feiern.

## Spaltung bei den schwedischen Nazis. Wer setzt ab und wer wird abgesetzt?

In der nationalsozialistischen Partei Schwedens ist es zu einer Spaltung gekommen. Der Redakteur des Parteiorgans und stellvertretende Parteiführer, Lindholm, erklärte den Führer der Partei, Furugard, für abgesetzt. Dieser hat seinerseits Lindholm und dessen Anhänger aus der Partei ausgeschlossen. Furugard konnte nur unter Zuhilfenahme von Polizei in sein Büro gelangen, um wenigstens einige Schriftstücke aus der braunen Wirtschaft zu retten.

## Französische Bauern fordern Preissteigerung.

In der französischen Stadt Chartres kam es am Sonnabend zu einer großen Demonstration von etwa 4000 Bauern, die eine staatliche Festsetzung des Roggenpreises auf 140 Francs (23,30 Mark) für den Doppelzentner forderten. Die Bauern marschierten geschlossen zum Polizeipräsidium, und es gelang ihnen, trotz der polizeilichen Vorsichtsmaßregeln die Tore zu sprengen und in das Gebäude einzudringen. Sie kamen bis zum Büro des Polizeipräsidenten, den sie auf-

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Essen:** Freitag, 20. Januar, 20 Uhr, Wirtschaft Kulturbrook, Beuststr. 49. Thema: Die Kriegsgefahr wächst — Arbeiter an die Abwehrfront! Rednerin: Eva Lewinski.

**Göttingen:** Freitag, 20. Januar, 20.15 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims: Thema: Die innen- und außenpolitische Lage.

**Hannover:** Mittwoch, 18. Januar, 20.15 Uhr, Städtische Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Kriegstreiber an der Arbeit! Arbeiter, legt ihnen ihr verbrecherisches Handwerk! Freie Aussprache! Eintritt frei!

**Magdeburg:** Mittwoch, 18. Januar, 20.15 Uhr, bei Bleck (früher Lichteck), Knochenhauerufer 27/28. Thema: Die Kriegsgefahr wächst. Betriebs-Kollegen bildet die Abwehr-Front! Redner: Julius Philippson (Berlin). Freie Aussprache! Eintritt: 20 Pfennige, Erwerbslose frei.

forderten, ihre Forderungen sofort telefonisch dem Innenminister zu übermitteln. Der Polizeipräsident mußte dem Wunsch der Bauern nachkommen. Diese beklagten sich nun darüber, daß der Rücktritt von 200 Gemeindevorstehern zum Protest gegen die Getreidepolitik der Regierung keinen Eindruck gemacht habe und forderten die Erhöhung der Roggenpreise. Die Bauern drohten, ihre Kundgebungen häufig zu wiederholen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden würden.

## Die andere Einheitsfront.

Nationalsozialistischer Stadtverordnetenvorsteher in Dresden.

Am Montag wurde in der Dresdener Stadtverordnetenversammlung die Wahl der Vorsteher vorgenommen. Mit 39 Stimmen der faschistischen und bürgerlichen Stadtverordneten einschl. der der Staatspartei und des Zentrums wurde der Nazi Kluge gegen 35 Stimmen der KPD und SPD gewählt. Als erster und zweiter Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers wurden ebenfalls bürgerliche Kandidaten gewählt. Auch die vier Beizeitorposten sind mit nationalsozialistischen und bürgerlichen Vertretern besetzt worden.

## Terror gegen die KPD.

Ein neuer Willkürakt der Polizei gegen die KP wird aus Gotha in Thüringen gemeldet. Dort wurde in einer Gastwirtschaft ein Lehrgang zur Ausbildung kommunistischer Funktionäre polizeilich ausgehoben, da der Verdacht „nahe lag“, daß die Tätigkeit der Kommunisten „den Strafgesetzen zuwiderlaufe“. Die Teilnehmer wurden zwangsgestellt und der Leiter des Lehrgangs, der Landtagsabgeordnete J. Rösel, wegen Verdachts der Vorbereitung des Hochverrats festgenommen. Gegen 27 Teilnehmer des Lehrgangs wurde Anzeige erstattet. Bei derartigen Nachrichten ergibt sich immer wieder die Frage, woher weiß die Polizei von derartigen Lehrkursen? Spitzel oder sonst schlechte Organisation?

Neue Rattenfalle? In den letzten Tagen wurden noch Leichen von ertrunkenen Matrosen des Segelschiffes „Niobe“ der Reichsmarine geborgen, und schon wird bekannt, daß der Schiffwerft und Maschinenfabrik von Blohm und Voß in Hamburg der Bau eines neuen Segelschiffes übertragen worden ist. Dafür ist immer Geld da, denn Deutschlands Zukunft liegt „auf dem Wasser“. Wie bekannt wird, soll dieses neue Schulschiff noch viel sicherer sein als die „Niobe“. Noch sicherer!

## Groschenbücher-Messe.

Im Rahmen der literarischen und kulturpolitischen Veranstaltungen der Groschenbücher-Messe im Berliner Gewerkschaftshaus, Engelauer 24, spricht der Verfasser von „Berlin Alexander-Platz“, Alfred Döblin, über das Thema:

Blick in die heutige Literatur!

Am Sonnabend, dem 21. Januar 1933, nachmittags 5.30 Uhr, spricht Fritz Linow über:

Autoren und Werke in unserer Messe.

Anschließend Führung durch die Ausstellung der Neuerscheinungen der Verlage: S. Fischer, Universitas, Protte-Potsdam, „Öffentliches Leben“, Gustav Klepenhauer, Ernst Rowohlt, Malik-Verlag, Verlag der Neuen Gesellschaft, A. Hoffmann, Asy-, Agis- und Fackelreiter-Verlag und Laub'sche Verlagsbuchhandlung.

Bund Entschiedener Schulreformer.

Öffentliche Versammlung Mittwoch, 18. Januar, 19.30 Uhr, in der Augusta-Schule, Berlin, Eißelstr. 24-27. Pfarrer Wilhelm Mensching spricht über „Das Erwachen der Farbigen und das Abendland“.

**Feinbesohl-Anstalt**  
und Schuhfärberei  
**HANS SACHS**  
Berlin SW / Dresdener Straße 111  
garantiert für erstklassige Arbeit

**Nähmaschinen**  
Reparaturen / Reinigung  
Ersatzteile  
gut schnell billig  
**EUGEN GEHM**  
Frankfurt a. M. - Riederwald  
Engelplatz 12.

**C. Lotze**  
Göttingen  
Johannisstr. 2

**Bürobedarfsartikel**  
Reparaturen und Reinigung  
von Schreibmaschinen  
**A. H. Timmermann**  
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

Freunde  
und Leser des  
„Funken“!  
**Unterstützt**  
**Eure**  
**Zeitung!**  
Werbt Abonnenten!  
Sammelt Anzeigen!  
Bevorzugt bei Charakteren  
unserer Leserinnen!

**A. JANISZEWSKI**  
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH  
**druckt** Flugblätter,  
Zeitungen,  
Zeitschriften  
und jede Art  
Geschäfts-  
drucksachen  
Berlin SO 36, Elisabethufer 22-29  
Telefon: Sammelnr. P 1 Moritzplatz 54 71

**Getrocknete Bananen**  
sind nahrhaft u. billig,  
als Brotbelag und zum  
Obst für jung und alt  
zu verwenden.  
Postpackchen 4 Pfund  
brutto nur 3 Mark,  
frei Haus, u. a. Orten.  
Voranzahlung  
auf Postcheck-Konto  
Magdeburg 17924  
erbeten.  
**Frischkost-Reformhaus**  
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104

**Oberhemdenstoffe,**  
Tricolline, Flanelle, Oxfords  
günstige Posten Maccotuch  
kauft man gut und billig bei  
**Kurt Levy, Berlin O 112**  
Scharnweberstr. 16/17.

**Butter**  
**Käse, Eier**  
**Landbrot**

Anfertigung eleganter  
**Damengarderobe**  
und  
**Reformkleidung**  
**I. Fürchtenicht**  
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

**Für den**  
**Befreiungskampf des Proletariats**  
ist besonders in der heutigen Situation weitgehend eine Neuorientierung in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

**VEGA KÖLN, Beethovenstraße 19**  
Vegetarische Gaststätte  
Neuzellliche Ernährung nach Dr. med. Bircher-Benner, Zürich  
Spiszeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

**Ist Maßkleidung zu teuer?**  
Maßkleidung ist eleganter, tragfähiger, dauerhafter und darum billiger als Konfektion. Wer jetzt sparen muß, trägt nur Maßkleidung! Machen Sie einmal den Versuch!  
**Rudolf Schönheit, Herren- u. Damenmoden**  
Magdeburg / Johannisbergstraße 10 III.

**„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“**  
Wer die Schriften kennenlernen will, in denen die Theorie niedergelegt worden ist, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, der fordere zunächst die unentgeltliche Zusendung des neuen Verzeichnisses unserer politischen Schriften.

Sonderausgabe  
**Das Heft der Frau.**  
**LEONORE KOLB:**  
Gesetze gegen die Frauen.  
**LEONARD NELSON:**  
Grundsätze für ein soz. Eherecht.  
**MARIA HODANN:**  
Die wirtschaftliche Unterdrückung der Frau.  
**HANNA FORTMÜLLER:**  
Polit. Arbeit auch für die Frauen!  
**ROSE GERISCH:**  
Wohin gehört die Frau politisch?  
**ANNA OROB:**  
Haushaltsarbeit und polit. Ar. e. t.  
**ILSE REINHARDT:**  
Die Frauen und die Gesundheit des Proletariats.  
Revolutionäre Frauenarbeit. — Buchbespr.

**BERLIN**  
**DIE KAMERA**  
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987  
Seit 17. Januar;  
Douglas Fairbanks in  
**Der vierte Musketter**  
mit Adolphe Menjou,  
Barbara La Marr, Fred Nibbo  
**Der Boss**  
Nach dem Roman von Mark Twain:  
„Ein Yankee am Hofe des Königs  
Artus“ mit Will Rogers u. Mirra Loy  
Anfangsschritte: 18. 17. 19 und 21 Uhr.

**Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.**  
Postcheckkonto: Berlin 31342.

## NS-Terror im Schutze der Polizei.

E. V. Als wir am Sonntag vormittag in Wattenscheid „Funken“ verkauften, kam ein Demonstrationszug der SA Groß-Bochum — etwa 1000 Mann — in der Arbeiterviertel. Natürlich marschierten sie, unter polizeilicher Begleitung, durch die rote Sommerdellenstraße. Vor einem Haus, wo es im Sommer zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen war, schrien sie: „Bergmann, verrecke!“ (Bergmann ist ein wegen jenes Vorfalls verurteilter und jetzt amnestierter Kommunist). Ein paar Häuser weiter rief eine Frau aus dem Fenster: „Rot Front!“ Wie eine Horde wilde Tiere stürzten 10 SA-Leute sofort in das Haus. Arbeiter sammelten sich auf der Straße, um der Frau zu helfen. Sie wurden von den NS boseits gestossen, die das Haus nach regelrechter Bürgerkriegsmannier umzingelten. Als polizeiliche Verstärkung herankam, eilten sie aus dem Haus heraus. Die Polizei ermahnte: „Geht wieder in den Zug zurück!“ Die frechen Eindringlinge festzunehmen oder wenigstens ihre Namen zu notieren, kam der Polizei nicht in den Sinn. Dafür wurden aber die Arbeiter, die zum Schutz der Frau herbeigeeilt waren, von der Polizei mit Schlägen traktiert und auseinander gejagt!

## Naziterror gegen Konsumvereine.

Zu den Naziterrorakten in Lippe am vergangenen Sonntag wird noch bekannt, daß der Lagerverwalter Brinkmann der Verteilungsstelle des Konsumvereins in Leopoldshöhe bei Detmold von Nazis überfallen, brutal mißhandelt und schwer verletzt liegen gelassen wurde. Der Lagerverwalter hatte wenige Tage vorher gegen einige Nazis Anzeige wegen Hausfriedensbruchs erstattet.

Am Sonntag abend kam es von neuem zu schweren Ausschreitungen von SA-Leuten vor einer Detmolder Filiale des Groß-Lippeschen Konsumvereins. Drei „Reichsbanner“-Leute erhielten Schlässe in die Arme und ein SA-Mann einen Kopfstreifschuß. Die Filiale des Konsumvereins wurde völlig zerstört und die Auslagen auf die Straße geworfen. Die hinzukommende Polizei beschlagnahmte Munition, Schlagringe, Gummiknüppel und Dolche.

## Nazis korrigieren die Amnestieverordnung.

In Braunschweig ist jetzt der zweite der drei Sprengstoffattentäter entflohen, die im August vorigen Jahres das Bombenattentat auf die Arbeiterhäuser in der Langstraße in Braunschweig ausführten und erst nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten verhaftet werden konnten.

Es handelt sich um den Angehörigen einer Braunschweiger SS-Terrorgruppe namens Heimerl. Er wurde angeblich gegen den Willen des Gefängnisleiters auf Veranlassung des Untersuchungsrichters ins Landeskrankenhaus gebracht, von wo aus die Flucht mit Unterstützung nationalsozialistischer Freunde nicht mehr schwer war.

## Gefangenenerbefreiung durch Nazis.

In Essen wurden am Sonntag nachmittag zwei Polizeibeamte in der Altenessener Straße auf zwei Personen aufmerksam gemacht, die sich mit Steinen bewaffnet hatten. Als die Beamten die beiden zur Feststellung der Personalien auf die Wache führen wollten, kam ein größerer Trupp Nationalsozialisten vorüber. Aus dem Trupp heraus wurde den Beamten zugerufen: „Loslassen!“ Da die Polizisten sich nicht an die Zurufe kehrten, wurden sie von etwa zwanzig uniformierten Zugteilnehmern angegriffen und geschlagen. Die beiden festgenommenen Personen wurden den Beamten entrisen. Als sich die Beamten entfernten, sprang ein Nationalsozialist aus dem Zug heraus und gab einen Schuß ab, der einen der Polizisten leicht verletzte.

## Justiz der Generäle.

In Putzig in Polen sind vom Ausnahmegericht drei Menschen wegen Spionage zum Tode verurteilt worden. Gegen einen von ihnen ist das Urteil bereits vollstreckt worden.

# Flammengeist, Massenmord und Durchfressen.

W.H. Zur Erinnerung an die im Jahre 1871 erfolgte „Einigung der deutschen Stämme“ kommen alljährlich im Januar Reaktionäre aller Schattierungen zusammen, um in sogenannten „Reichsgründungsfeiern“ der guten alten Zeit eine Träne nachzuweinen und den Segen des Gottes, „der Eisen wachsen ließ“, für ihre schändlichen Machenschaften herabzusuchen. Wie immer, wenn es um reaktionäre Ziele geht, ist die Kirche dabei. In Bremen stellte die evangelische Kirche ihre Gebäude und Pastoren den nationalen Verbänden für die Reichsgründungsfeier zur Verfügung. Wir bringen nachstehend einige Stichproben aus den Reden evangelischer Pastoren.

Pastor prim. D. Groscurth bei der Reichsgründungsfeier des Nationalen Deutschen Offiziersverbandes Weser o.V.: „Wenn das Jahr 1932 auch ein Jahr der Enttäuschung gewesen sei, in einem habe es nicht enttäuscht. Die nationale Gesinnung habe wieder mehr in den Herzen des deutschen Volkes Platz gegriffen, und die Väter von 1871 würden sich wieder mehr freuen über die Söhne und Enkel,

da der deutsche Flammgeist sich durchgefressen habe durch die vielen Schlacken, die die nationale Gesinnung in der Jugend hätten ersticken wollen. ... Wenn ... das deutsche Volk wieder geoint dasthe,

werde Gott das Feuer anzünden, das auflodern werde wie in Deutschlands größter Zeit.“

Wenn Gott Zeit hätte, sich um die Dinge auf der Erde zu kümmern, stoppte er sicher solchen Leuten den Hals.

Pastor prim. Bode bei der Reichsgründungsfeier des „Stahlhelm“, Gau Bremen, die eingeleitet wurde mit dem Lied: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ ...“

„Das schöne deutsche Vaterland von einst sei dahin, das Reich sei zusammengeschrumpft, das deutsche Volk sei zerrüttet und zerklüftet.

Aus der Schaffenslust und der Opferwilligkeit sei bei der Masse schnelle Habgier und eigennütziges Raffan geworden.

... die Heimat, das Vaterland seien die höchsten Güter, die Gott dem deutschen Volk anvertraut habe. Diese den kommenden Geschlechtern zu erhalten, sei die heiligste Pflicht des deutschen Volkes,

und wenn es durch Tod und Hölle ginge.“

Die Pfaffen müssen in Bescheid wissen über die Rafflust — bei ihrem Gehalt. Ueber dieses Geschick pfaffen

## Wunder der Einheitsfront!

O.T. Nach den im November 1932 stattgefundenen Gemeindevahlen treten jetzt in Sachsen die neuen Gemeindeparlamente zusammen, um ihre Vorsteher und Ausschüsse zu wählen. Diese bedeutungsvollen Wahlen stehen diesmal — im Gegensatz zum verflorenen Wahlabschnitt 1929 bis 1930 — unter einem weit günstigeren Stern für die Arbeiter-schaft; denn am 3. Januar 1933 veröffentlichte die kommunistische Bezirksleitung Sachsens folgende eindeutige Erklärung:

„Die Kommunisten werden, wo sie dazu in der Lage sind, verhindern, daß das Präsidium der Gemeindeparlamente in den sächsischen Arbeiterstädten und Arbeiterwohnsitzgemeinden von offenen Faschisten besetzt wird.“

Und der Erfolg?

In allen Orten, in denen bei der letzten Wahl eine Arbeitermehrheit zustande kam, besteht nun auch zum mindesten ein rotes Präsidium, so in Leipzig, Chemnitz, Pirna, Wurzen, Riesa, Taucha, Froburg, Meissen. In Pirna und Chemnitz wurde sogar an Stelle eines rein bürgerlichen Präsidiums ein rein kommunistisches gewählt. So selbstverständlich das jedem vernünftigen Menschen erscheinen müßte, so war das doch vorher, trotz Arbeitermehrheit, nur in ganz wenigen Orten der Fall.

Vieles sind aber die bisher feindlichen Arbeiterbrüder diesmal noch weiter gegangen, vor allem in den Industrie-gemeinden, und haben

auch den Posten des stellvertretenden Bürgermeisters und die Ausschüsse nur mit Arbeitern besetzt.

Auch in vielen Landgemeinden hat sich diese vernünftige Auffassung durchgesetzt. So sind zum Beispiel in der Amtshauptmannschaft Leipzig bisher in 14 Orten diese wichtigen Posten mit Genossen besetzt worden.

## Kaas bei Schleicher.

Am Montag nachmittag war der Zentrumsführer, Prälat Kaas, beim Reichskanzler zu einer seit längerem geplanten Unterredung. Ueber den Inhalt und das Ergebnis der Besprechung wird offiziell keine Auskunft gegeben.

## Kabinettsitzung über Wirtschaftsfragen.

Am Dienstag fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt, die sich mit grundsätzlichen Fragen der deutschen Wirtschaftspolitik befaßte. Näheres über den Verlauf der Sitzung war bis zum Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

## Hitler kämpft weiter gegen Schleicher

Am Montag ging die Gauleitertagung der NSDAP in Weimar zu Ende, auf der Hitler auch über seine weitere Haltung gegenüber der Schleicher-Regierung sprach. Hitler betonte die Notwendigkeit, nach den „Wahlsiegen“ in Lippe „am Feinde zu bleiben und den Kampf mit der größten Intensität weiter zu führen“. Die nationalsozialistische Bewegung sei „auf neue zum Angriff übergegangen und werde ihn auf der ganzen Linie mit verdoppelter Kraft weiter tragen.“ Eine Einigung zwischen Hitler und Schleicher scheint unter diesen Umständen ziemlich aussichtslos. Auch die Pläne einer Einbeziehung Straßers in das Schleicher-Kabinet verlieren umso mehr an Bedeutung, je schlechter Straßers Aussichten werden, gegebenenfalls eine größere Gruppe von den Nazifraktionen in den Parlamenten abzuspalten und hinter Schleicher zu bringen. Es gehen neuerdings sogar Gerüchte von einem geplanten Ausschluß Straßers aus der NSDAP um. Besonders Goebbels greift seinen alten Rivalen Straßer, das „an einem Eichbaum (Hitler!) besonders heftig rauschende Eichblatt“ (inzwischen ist die „Mensch gewordene Eiche“ Straßer bei den Nazis bereits zum Eichblatt zusammengeschrumpft) heftig an.

Das ist ein erfreulicher Auftakt für die noch folgenden örtlichen Wahlen. Nur wenn man in die Arbeiterzeitungen hineinhorcht, vernimmt man als Fortsetzung dieses Auftaktes recht unangenehme Geräusche. Hoffentlich lassen sich aber die Funktionäre von diesen schlechten Dirigenten nicht irre machen.

Auch in Altenburg (Thüringen) hat sich die Einheitsfront bewährt: sowohl im Stadtparlament, als auch im Kreisrat sind die Vorsteherposten nur mit Vertretern der Linken besetzt worden, weil sich beide Parteien vorher verständigten und gegenseitig die Wahl eines ihrer Vertreter ermöglichten.

## Massenkundgebungen in Belgien

### Die Regierung bildet eine Sicherheitskommission.

In allen Teilen Belgiens, vor allem in Ostende, Brügge, Lüttich, Mons, Charleroi fanden in diesen Tagen Riosendemonstrationen statt. In Charleroi nahmen an 25 000 Arbeiter daran teil.

In Mons hat die Regierung zur „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ die Polizei bereits durch Militär verstärkt. Eine besondere Kommission aus Mitgliedern des Innen- und Justizministeriums bestehend, ist gebildet worden, die über Gegenmaßnahmen gegen den Kampf der Arbeiterschaft zu entscheiden hat.

In einem Punkt hat die Regierung den Forderungen der Arbeiter bereits nachgegeben: im Finanzplan sind einige Veränderungen vorgenommen worden, sodaß kleine Einkommen durch die neuen Steuern weniger belastet werden. Die Bildung der Sicherheitskommission beweist jedoch, daß die Regierung selber nicht erwartet, daß dieses kleine Zugeständnis die geante und kampfbereite Arbeiterschaft Belgiens beruhigen wird.

## Göring denunziert Straßer bei Schleicher.

Eine feine „Kameradschaft“, diese Nationalsozialisten! Nach Mitteilung einer Nazizeitung hat Göring in einer Wahlkundgebung der NSDAP in Lippe gesagt, es gebe in Wahrheit keinen fanatischeren Haßer des Herrn von Schleicher als Gregor Straßer. Vor kurzer Zeit habe Straßer dem Göring persönlich erklärt, daß er es gewesen sei, der „den Führer“ von seiner guten Meinung über Schleicher abgebracht habe. Straßer habe Schleicher und wisse, daß Schleicher einer der unfähigsten Köpfe sei, die jemals an der Stelle des Reichskanzlers gestanden haben. — Vielleicht stimmt das, vielleicht hat sich der Haß Straßers inzwischen aber gewandelt, da Schleicher ihm mehr bieten kann als Hitler und Göring? Vielleicht baut aber auch Gregor Straßer seine Pläne gerade auf die vermeintliche oder tatsächliche Unfähigkeit des Reichskanzlers, um desto sicherer seine Ziele zu erreichen. Vielleicht schwindelt aber auch Herr Göring?

Inzwischen hat Göring diese Behauptungen in einer öffentlichen Kundgebung der NSDAP in Weimar am Montag wiederholt.

## „Der Deutsche“ gegen Hugenberg.

In einem bemerkenswert scharfen Artikel nimmt „Der Deutsche“, die Tageszeitung der Christlichen Gewerkschaften, Stellung gegen die geplante Einbeziehung Hugenburgs in das Schleicher-Kabinet. Wenn dieser Plan Wirklichkeit fände, dann wäre der alte reaktionäre Pa-pen-Kurs wieder völlig hergestellt. Eine Teilnahme Ste-gerwalds an einem derart „ungebildeten“ Kabinet könnte auf keinen Fall in Frage kommen.

## Sprengstoff als Ursache der Premnitzer Explosion!

Die Entstehungsursache des schweren Unglücks vom 7. Dezember in der Kunstsoidefabrik der IG-Farben in Premnitz, dem 13 Personen zum Opfer fielen, scheint nunmehr durch das staatsanwaltliche Untersuchungsverfahren ziemlich geklärt zu sein. Der Sachverständige Professor Brü-nig kam zu dem Ergebnis, daß eine Sprengstoffexplosion vorliegen müsse und daß etwa 30 Pfund Sprengstoff explodiert sein müßten. Die Art des Sprengstoffes konnte bisher noch nicht festgestellt werden, ebenso nicht, wie derselbe an die Unglücksstelle kam. Wenn man sich jedoch vor Augen hält, daß enge Beziehungen zwischen Kunstsoide- und Sprengstoffindustrie bestehen, kann man sich das weitere selber denken.

## Die Monschauer predigen „Gesittung“ Kunst und Nationalismus.

In Berlin ist eine belgische Kunstausstellung in Vorbereitung. Die „wahren Deutschen“, wie sie in Vereinen wie den „Landmannschaften Eupen—Malmedy—Monschau“ zusammengeschlossen sind, läßt so etwas nicht ruhn. Sie „erheben schärfsten Protest gegen den Plan der belgischen Regierung, in der Reichshauptstadt eine staatsbelgische Kunstausstellung zu veranstalten“. Nach einer Tirade über den „unerhörten Terror“ der belgischen Regierung und das an Kaplan Gilles getane Unrecht, schließt dieses „Kultur“-Dokument:

„Die Beschäftigung mit belgischer Kunst wird deutschen Menschen erst dann wieder zuzumuten sein, wenn der belgische Staat zu europäischer Gesittung zurückgekehrt ist und auf die mittelalterlichen Methoden, mit denen er die Eupen—Malmedy unterdrückt, verzichtet hat. Die vereinigten Landmannschaften Eupen—Malmedy—Monschau, deren Aufgabe es ist, für die unlösliche Schicksalsverbundenheit zwischen Eupen—Malmedy und dem Deutschen Reich einzutreten, erwarten, daß das deutsche Volk vor einer Kunstausstellung, die zugleich staatsbelgische Propaganda ist, geschützt wird.“

Daß die Leute aus Monschau nur ebensolche Stiesel und Banansen sind, wie andere Vergewaltiger, zeigt dieses Lamento.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909 Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

# 12 Millionen Arbeitslose in den USA.

## Wovon leben sie?

Die Besserung der Beschäftigungslage, die mit der allgemeinen Steigerung der Wirtschaftstätigkeit in den Monaten August bis Oktober in den USA eingesetzt hatte, war nicht umfangreich und nachhaltig genug, um die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die bereits wieder begonnen hat und sich in den kommenden Wintermonaten noch verstärkt fortsetzen dürfte, in ihren Wirkungen merklich zu mildern. Zu dem erheblichen Teil saisonmäßigen Anstiegs der Arbeitslosigkeit in allen Wirtschaftszweigen kommt eine fortgesetzte Vergrößerung der Arbeitslosenziffer auch in anderen Erwerbs- und Berufsschichten. So werden namentlich auch die Freierwerbstätigen immer stärker betroffen, die einen erheblichen Prozentsatz des Mittelstandes ausmachen, wie Aerzte, Rechtsanwälte, Wissenschaftler der verschiedensten Gebiete u. s. w., die teils unter der geschwächten Kaufkraft des Publikums, teils unter den verminderten Einkommen öffentlicher Institute leiden. Die kritische Finanzlage der Kommunen und zum Teil auch der Einzelstaaten hat ebenfalls zu zahlreichen Entlassungen geführt. Auch auf dem Arbeitsmarkt für häusliche Dienste überschreitet neuerdings zum erstenmal seit Jahrzehnten das Angebot ganz bedeutend die Nachfrage.

Auch wenn man nicht, wie die Schätzung der American Federation of Labor (der freien Gewerkschaften), mit einer Höchstzahl von etwa 13 Millionen Arbeitslosen Anfang 1933 rechnet, so wird man doch eine Ziffer zwischen 11 und 12 Millionen als das Minimum für diesen Winter ansetzen müssen. Das bedeutet, daß

nahezu ein Viertel der in normalen Zeiten beschäftigten Bevölkerung arbeitslos sein wird.

Der amerikanische Gewerkschaftsverband gibt für die Zunahme der Arbeitslosigkeit in einzelnen wichtigeren Wirtschaftszweigen für die Zeit von April 1930 bis Oktober 1932 folgende Ziffern an:

|                               |                |     |
|-------------------------------|----------------|-----|
| Fabriken . . . . .            | 2,50 Millionen | 30% |
| Bauindustrie . . . . .        | 1,50 Millionen | 53% |
| Eisenbahnen . . . . .         | 0,50 Millionen | 37% |
| Handel . . . . .              | 0,50 Millionen | 18% |
| Hotels, Wäschereien . . . . . | 0,35 Millionen | 23% |
| Bergbau . . . . .             | 0,15 Millionen | 5%  |

Zu der Ausdehnung der Arbeitslosigkeit kommt hinzu die durch Lohnsenkungen oder allgemeine finanzielle Schwächung während der letzten Jahre verringerte Fähigkeit der Beschäftigten, ihren Familienmitgliedern oder sonstigen Verwandten die Unterstützung zu gewähren, die ihnen während der ersten Krisenjahre noch möglich war. Auch unter Berücksichtigung der Preisrückgänge namentlich für Lebensmittel wird eine

Abnahme der Kaufkraft der arbeitenden Schichten um etwa 50 Prozent gegenüber 1929 angenommen.

Ueber den tatsächlichen Umfang der Arbeitslosigkeit in den größeren Industriegebieten und Stadtgemeinden fehlen ebenfalls exakte Unterlagen. Für die Stadt New York allein wird die Arbeitslosenziffer auf etwa 800 000 geschätzt. Für den gesamten Groß-New-Yorker Industriebezirk unter Einbeziehung des anschließenden ausgedehnten Industriegebietes in New Jersey erscheinen 1,2 Millionen nicht zu hoch gegriffen.

Angesichts der Lage der Bundesfinanzen wird in interessierten amerikanischen Kreisen nicht damit gerechnet, daß über das Arbeitsbeschaffungsprogramm hinaus eine weitere größere Hilfe für die Einzelstaaten möglich ist. Die finanzielle Lage der Einzelstaaten erlaubt gleichfalls keine Hilfsaktionen über das Allernotwendigste hinaus, und die großen Städte befinden sich infolge jahrelanger finanzieller Mißwirtschaft gegenwärtig in einer Situation, in der sie bereits besonderer Kräfte bedürfen, um ihre laufenden Ausgaben und Verbindlichkeiten begleichen zu können.

Der Staat New York hat eine Anleihe von 30 Millionen Dollar für Notstandsarbeiten und Unterstützungszwecke ab-

geschlossen, wovon der Stadt New York nur ein Bruchteil zugute kommen kann. Zusammen mit sonstigen Mitteln wird die Stadt New York vom Staate voraussichtlich etwa 12 Millionen Dollar für Unterstützungszwecke erhalten. Hinzu kommen noch aus privaten oder halbprivaten Sammlungen in der Stadt New York etwa 25 Millionen Dollar und ferner ein monatlicher Zuschuß der Stadt von 3,5 Millionen Dollar, falls sie den ausgesetzten Betrag angesichts ihrer verworrenen Finanzverhältnisse tatsächlich zu zahlen vermag. Im allgünstigsten Falle wird also New York für die Wintermonate nur über etwa 50 Millionen Dollar für Unterstützungszwecke verfügen, während der Direktor des städtischen Wohlfahrtsausschusses 100 Millionen Dollar für notwendig hält. Die Kosten zur Durchbringung eines Arbeitslosen durch die Wintermonate in der Stadt New York werden also auf etwa 120 Dollar je Kopf berechnet.

Für andere Staaten und Städte liegen die Verhältnisse nicht wesentlich anders. Im Staat New Jersey erklärte der Gouverneur vor einigen Monaten, daß angesichts der Besserung der Wirtschaftslage keine besonderen Vorbereitungen für den Winter notwendig seien. Später wurde aber doch eine Ausgabe von 5 Millionen Dollar für die drei ersten Monate des Jahres 1933 eingesetzt. In Delaware wurden zwei Millionen Dollar für den gleichen Zweck bewilligt.

Neben der Unterstützungstätigkeit widmet sich die Öffentlichkeit jetzt einer Reihe von Problemen, die mehr oder minder mit der Hauptfrage in enger Verbindung stehen. Dahin gehören, außer allgemeinen Maßnahmen wie Verbesserung der Arbeitsvermittlung, Einschränkung der immer noch sehr umfangreichen Kinderarbeit und besserer Organisation der Kurzarbeit, insbesondere Verkürzung der Arbeitswoche, vor allem die Frage der Einführung einer Arbeitslosenversicherung.

Die Arbeitslosenversicherung, die noch vor kurzem in der Presse und in Unternehmerkreisen mit der größten Schärfe bekämpft wurde, ist heute bereits in das Stadium praktischer Erörterung getreten, in dem der Streit sich weniger um das Prinzip als um eine der verschiedenen beteiligten Interessen annehmbare Form ihrer Einführung dreht. Inzwischen haben sich bereits mehrere gesetzgebende Körperschaften der Einzelstaaten mit der Frage der Arbeitslosenversicherung beschäftigt, so daß die Einführung eines Versicherungsplans für einige Staaten bereits im Laufe des kommenden Jahres erwartet wird.

Erst werden die Proletarier durch das kapitalistische System daran gehindert, sich durch Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und dann dürfen sie kümmerlich ihr Dasein fristen mit Almosen. Vom Standpunkt der Kapitalisten ist das allerdings eine zweckmäßige Methode, die Arbeiter gefügig zu machen. Aber als Sozialisten verwerfen wir diesen Zustand.

Es ist schon empörend, daß Menschen nicht arbeiten dürfen, wenn sie wollen; es ist aber noch schlimmer, diese Menschen dann der privaten Barmherzigkeit zu überlassen.

Für die Klassenbewußte Arbeiterbewegung in den USA besteht hier die Aufgabe, wenigstens auf die Einführung einer öffentlichen Arbeitslosenversicherung zu drängen, solange sie nicht in der Lage ist, die kapitalistische Gesellschaftsordnung selber zu beseitigen.

### ENGLAND

Vorverhandlungen für Handelsabmachungen finden in der nächsten Zeit mit Vertretern Finnlands, Estlands, Letlands, Litauens und Polens statt. Verhandlungen mit Argentinien und Uruguay sind im Gang. Die vor Weihnachten abgebrochenen Verhandlungen mit den skandinavischen Staaten werden Anfang Februar wieder aufgenommen werden. — England will sich wahrscheinlich vor Beginn der Weltwirtschaftskonferenz noch eine möglichst starke Position schaffen.

# Milderung des Alkoholverbotes belebt die Konjunktur.

In den USA wird eifrig geprüft und berechnet, welche finanziellen und wirtschaftlichen Wirkungen die Milderung des Alkoholverbotes haben wird. Im Budgetausschuß des Repräsentantenhauses streiten sich die Sachverständigen über die Höhe und den voraussichtlichen Ertrag einer Biersteuer.

Ein Ausschußmitglied schlug eine Steuer von 7,50 Dollar je Faß vor. Der Steuerertrag würde sich in diesem Falle auf etwa 350 Millionen Dollar belaufen. Das Schatzamt berechnete einen Steuerertrag von 125 bis 150 Millionen Dollar bei einer Steuer von 5 Dollar je Faß für das am 30. Juni 1934 ablaufende Haushaltsjahr. Die Annahme des niedrigen Ertrags wurde damit begründet, daß die jüngere Generation sich erst wieder an den Biergenuß gewöhnen müsse (1). — Bis zum Inkrafttreten der Prohibitions-gesetze ergaben sich für jährlichen Bierverbrauch, Steuerertrag und Steuersatz folgende Ziffern:

| Haushaltsjahr  | Bierkonsum nach vorsteuerten Millionen Faß | Steuersatz Dollar | Steuerertrag Millionen Dollar |
|----------------|--|-------------------|-------------------------------|
| 1914 . . . . . | 66,10                                      | 1,—               | 66,10                         |
| 1915 . . . . . | 59,74                                      | 1,50              | 78,46                         |
| 1916 . . . . . | 58,56                                      | 1,50              | 87,87                         |
| 1917 . . . . . | 60,72                                      | 1,50              | 91,09                         |
| 1918 . . . . . | 50,17                                      | 3,—               | 124,26                        |
| 1919 . . . . . | 27,71                                      | 6,—               | 116,18                        |
| 1920 . . . . . | 9,23                                       | 6,—               | 41,74                         |

Der Vizepräsident der amerikanischen freien Gewerkschaften, Matthew Woll, erklärte vor dem Ausschuß, daß er mit einer Einstellung von 1 Million Arbeitern rechne; andere Schätzungen lauten sogar auf zwei Millionen Neueinstellungen.

Die Landwirtschaft macht sich große Hoffnungen wegen der Hopfenproduktion. Vertreter des Küfergewerbes rechnen aus, daß sich gegenwärtig nur etwa 200 000 Fässer im Besitz der Brauereien befinden und daß insgesamt etwa 12 Millionen Fässer benötigt werden. Von der Stahlindustrie wurde die Stahlmenge für Fabrefen u. s. w. auf 108 000 Tonnen geschätzt. Der Neubedarf der Brauereiindustrie an Güterwagen wurde für das erste Jahr auf 5000 Stück im Werte von 25 Millionen Dollar angegeben; die Aufträge an die elektrische Industrie auf 320 bis 400 Millionen Dollar und an die Flaschenindustrie auf etwa 864 Millionen Flaschen. Die Industrie der Gefrierapparate würde nach den gegebenen sachverständigen Schätzungen etwa 20 Millionen Dollar jährlich an Neuaufträgen erhalten, die Holzindustrie (Holzkisten) etwa 40 Millionen Dollar und die Eisenbahnen etwa 50 Millionen. Für die Metallindustrie und Maschinenindustrie werden die Aufträge mittelbarer und unmittelbarer Art (wie etwa Maschinen zur Flaschenherstellung u. s. w.) auf mehrere hundert Millionen berechnet.

Aussicht auf eine gewisse Belebung der Konjunktur besteht hier zweifellos; allerdings ist die Lage nicht so rosig, wie amerikanische Nachrichten sie malen; denn wer jetzt Alkohol konsumiert, wird an anderer Stelle seine Ausgaben einschränken, und dadurch werden Arbeiter freigesetzt. H. H.

### USA

Verschleierte Inflation? Im Repräsentantenhaus ist eine Vorlage eingebracht worden, durch die die Regierung ermächtigt werden soll, eine Anleihe von 3 Milliarden Dollar aufzulegen. Der Erlös dieser Anleihe soll zu umfangreichen Notstandsarbeiten zur Stützung der Rohstoffpreise und zur Deckung des Fehlbetrages im Haushalt verwendet werden. — Überall sind dieselben inflationslüsternen Elemente am Werk!

### DÄNEMARK

Abnahme der Sparkaseneinlagen: Ende 1932 waren die Einlagen bei den dänischen Sparkassen geringer als vor einem Jahr. Insgesamt sind nicht nur die Zinsen für die Spareinlagen in Höhe von rund 100 Millionen Kronen abgehoben worden, sondern die Sparer haben außerdem noch 53 Millionen Kronen vom Kapital entnommen.

# WIRTSCHAFTSWISSEN.

## Zahlungsbilanz.

### Devisen-Quellen und -Verwendungen.

Was ist die Handelsbilanz eines Landes? In ihr wird der Wert der ein- und ausgeführten Waren gegenübergestellt. Je nachdem, ob der Wert der eingeführten Warenmenge größer ist (Einfuhrüberschuß), oder der der ausgeführten Warenmenge größer ist (Ausfuhrüberschuß), spricht man von einer passiven oder aktiven Handelsbilanz.

Die Warenausfuhr eines Landes hat, sofern es sich nicht um Geschenke handelt, stets die Entstehung eines Guthabens in einem anderen Lande zur Folge.

Wie kann ein solches Guthaben verwandt werden?

Die Auszahlung in fremder Währung wäre offenbar nur ein Zwischenakt. Denn was kann zum Beispiel eine dänische Exportfirma mit Noten oder Wechseln, die auf Pfund Sterling lauten, kurz: mit englischen Devisen anfangen? In Dänemark wird ihr die englischen Devisen nur jemand abkaufen, der Zahlungen nach England zu leisten hat, oder nach einem anderen Land, in dem man Pfund Sterling in Zahlung nimmt. Eine dänische Importfirma, die Waren aus England bezieht, wird also zum Beispiel bereit sein, jener Exportfirma englische Devisen abzukufen. Das ist der einfachste Weg im wirtschaftlichen Verkehr zwischen den einzelnen Staaten. Bei Ländern mit ausgeglichener Handelsbilanz (in denen der Wert der Einfuhr ebenso groß ist wie der der Ausfuhr) ist es also verhältnismäßig einfach: die durch Warenausfuhr entstehenden Guthaben werden benutzt zur Bezahlung von Wareneinfuhr.

Eine ausgeglichene Handelsbilanz ist aber ziemlich selten. Deutschland hat zum Beispiel seit 1929 eine aktive Handelsbilanz. Der Ausfuhrüberschuß betrug:

|                |                                 |
|----------------|---------------------------------|
| 1929 . . . . . | 36 Millionen Mark               |
| 1930 . . . . . | 1642 Millionen Mark             |
| 1931 . . . . . | 2872 Millionen Mark             |
| 1932 . . . . . | 1100 Millionen Mark (geschätzt) |

Von 1929 bis 1932 führte Deutschland also für ungefähr 5650 Millionen Mark mehr Waren aus, als es während dieser

Zeit einfuhrte. Besagt das nun etwa, daß das Ausland gegenüber Deutschland im Laufe dieser Zeit 5650 Millionen Mark Schulden machte? Keineswegs! Dieser Ausfuhrüberschuß wurde vor allem benutzt zur Erfüllung von Reparationsverpflichtungen, zur Schuldentilgung und zur Bezahlung von Zinsen für aufgenommene Kredite und Anleihen.

Was ging vor sich, als diese Kredite und Anleihen nach Deutschland gegeben wurden? Dollarnoten oder Wechsel, die auf Dollar lauten, nach Deutschland zu schicken, wäre, wie bereits vorhin ausgeführt, nur ein Zwischenakt gewesen. Es kamen Waren nach Deutschland. In den Jahren, in denen Deutschland die jetzt so drückend gewordenen Schuldverpflichtungen einging, hatte Deutschland eine passive Handelsbilanz. Der Einfuhrüberschuß betrug:

|                |                     |
|----------------|---------------------|
| 1927 . . . . . | 2847 Millionen Mark |
| 1928 . . . . . | 1229 Millionen Mark |

Eine passive Handelsbilanz bedeutet jedoch nicht in jedem Fall, daß das betreffende Land Schuldverpflichtungen eingibt. Großbritannien zum Beispiel hat schon seit Anfang des Jahrhunderts einen Wareneinfuhrüberschuß (1913 zum Beispiel für rund 2,7 Milliarden Mark). Die britischen Einfuhrüberschüsse der Vorkriegszeit rühren in der Hauptsache daher, daß Großbritannien viel Kapital im Ausland angelegt hat, beziehungsweise es sich in den Kolonien einfach genommen hat; die Zinsen für dieses Kapital bekamen die Engländer dadurch ins Land herein, daß Waren nach England eingeführt wurden.

Die englischen Kapitalanlagen im Ausland — vor allem in Indien — wurden zum großen Teil schon im vorigen Jahrhundert vorgenommen. Außer in Indien hat England in den südamerikanischen Staaten viel Kapital angelegt. Diese Kapitalanlagen im Ausland sind unter anderem durch Warexport, Diebstahl und durch Anlage von Profiten aus anderen ausländischen Kapitalanlagen bewerkstelligt worden. Das durch Warexport entstehende Guthaben wird entweder direkt zum Kauf von Unternehmungen im Auslande benutzt oder zum Kauf von Aktien, Schuldverschreibungen u. s. w.

Aber wie steht es zum Beispiel mit der Schweiz? Auch die Schweiz hat nämlich fast ständig einen Wareneinfuhrüberschuß. Dieser Einfuhrüberschuß kann bezahlt werden, weil die Schweiz einen starken Fremdenverkehr hat; die Fremden bringen Devisen ins Land herein und verzehren in der Schweiz Schweizer Waren, fahren auf Schweizer Bahnen u. s. w. Der Fremdenverkehr spielt also die gleiche Rolle wie die Warenausfuhr, ebenso zum Beispiel die Schifffahrt: Norwegische Schiffe transportieren ausländische Waren und Personen, und auf diese Weise erhält Norwegen Devisen.

Alle hier aufgezählten Quellen und Verwendungsmöglichkeiten von Devisen tauchen normalerweise als Posten in der Zahlungsbilanz eines Landes auf. Sehen wir uns die deutsche Zahlungsbilanz für 1931 an, dann finden wir folgende Devisen-Quellen und -Verwendungen:

| Quelle:  | Verwendung:  |        |
|--|--|--------|
| Erlös aus Warenausfuhr . . . . .                               | Bezahlung der Wareneinfuhr . . . . .                           | 6 948  |
| Erlös aus Dienstleistungen ans Ausland . . . . .               | Bezahlung von ausländischen Dienstleistungen . . . . .         | 578    |
| Zinseinnahmen aus dem Ausland . . . . .                        | Zinszahlungen an das Ausland . . . . .                         | 1 600  |
| Wertpapierverkäufe ans Ausland . . . . .                       | Reparationszahlungen . . . . .                                 | 992    |
| Neuaufgenommene langfristige Auslandsanleihen . . . . .        | Wertpapierkäufe im Ausland . . . . .                           | 681    |
| Verkauf von Auslandsforderungen der deutschen Banken . . . . . | Rückzahlung von langfristigen Auslandsanleihen . . . . .       | 269    |
| Verkauf deutscher inländischer Anlagen ans Ausland . . . . .   | Rückzahlung von Auslandschulden der deutschen Banken . . . . . | 1 900  |
| Verkauf deutscher ausländischer Anlagen ans Ausland . . . . .  | Rückzahlung von kurzfristigen Auslandsanleihen . . . . .       | 305    |
| Neu aufgenommene kurzfristige Auslandsanleihen . . . . .       | Verschiedene Kapitalrückzahlungen . . . . .                    | 2 732  |
|  |  | 14 352 |
|  |  | 16 005 |

Wenn wir die Endsummen der beiden Spalten vergleichen, dann sieht es so aus, als ob 1931 in Deutschland für 1653 Millionen Mark Devisen gefehlt hätten. Wie wurde dieses Loch zugestopft? Durch Gold- und Devisenabgaben der Reichsbank.

Der Gold- und Devisenbestand der Notenbank eines Landes ist eine Reserve für den Fall, in dem nicht so viel Devisen von Importeuren, Gläubigern u. s. w. angeboten werden, wie erforderlich sind, damit die Angehörigen des Landes sämtlichen Auslandsverpflichtungen nachkommen können. Deutschland war 1931 in der mißlichen Lage, diese Reserve sehr stark angreifen zu müssen, und hat sie, wie aus den Reichsbank Ausweisen zu ersehen ist, fast aufgebraucht. Boy.